

GB II
(Original)

Stadt Plauen
Geschäftsbereich II
Bürgermeister

Plauen, 10. Mai 2017

Herrn Oberbürgermeister
Ralf Oberdorfer

im Hause

**Stellungnahme zum Antrag der CDU-Fraktion, Reg.-Nr. 186-17, vom 01.03.2017
Bedarf an Elektro-Ladesäulen**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

zum oben genannten Antrag der CDU-Fraktion nehme ich wie folgt Stellung:

Der Antragsteller beabsichtigt, die Verwaltung mit umfangreichen Prüfungen zum Aufbau der Infrastruktur für Elektro-Ladesäulen in der Stadt Plauen zu beauftragen. Dieses wird mit der Zunahme von Elektroautos begründet.

Bereits im Mai 2011 hat die Bundesregierung das Regierungsprogramm „Elektromobilität“ mit dem Ziel verabschiedet, bis 2020 eine Million Elektrofahrzeuge auf die Straße zu bringen. Zur Förderung dieses umweltfreundlichen Antriebes wurden steuerliche Anreize geschaffen und die Regierung hat ein Förderprogramm aufgelegt, womit der Ausbau der Ladeinfrastruktur beschleunigt werden soll. Die Förderquote beträgt maximal 40 % der zuwendungsfähigen Kosten.

Die nutzerorientierte Bereitstellung der zur Fortbewegung notwendigen Energie betrachten wir weder bei Elektro- noch bei Verbrennungsmotoren als primäre kommunale Aufgabe. Die Verantwortung der Stadt Plauen sehen wir in diesem Kontext vielmehr dahingehend, solche Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine umwelt- und stadtverträgliche Abwicklung der verschiedenen Transport- und Verkehrsbedarfe unserer Stadt fördert. Dabei sind nicht nur die Emissionen des motorisierten Individualverkehrs zu betrachten (was durch die Elektromobilität eine Reduktion erfährt), sondern beispielsweise auch die Rahmenbedingungen des Umweltverbundes (ÖPNV, Radverkehr, Fußverkehr).

Fazit:

Die Verwaltung empfiehlt zunächst die Erarbeitung einer „stadtverträglichen Mobilitätsstrategie“ als verkehrspolitische Zielstellung und Grundlage für die Fördermittelbeantragung. Die konkreten Maßnahmen zur Förderung der Elektromobilität in Plauen können dann in einem zweiten Schritt daraus abgeleitet werden.

Beschlussempfehlung der Verwaltung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Eckpunkte einer „stadtverträglichen Mobilitätsstrategie“ zu erarbeiten und dem Stadtrat im I. Quartal 2018 vorzulegen.

Mit freundlichen Grüßen


Levente Sárközy